

# Sportstätten: Gebührensatzung auf Eis gelegt

Stadtverwaltung zieht Antrag zurück

**Eberswalde (nk/wlr).** Seit sieben Jahren haben sich die Gebühren, die die Stadt Eberswalde von Sportvereinen für die Nutzung der städtischen Einrichtungen verlangt, nicht verändert. Mitte der 90er Jahre einigte man sich in der Stadt auf eine Förderung des Breitensports durch eine symbolische Gebühr. Die Stadt wollte damit den Sportvereinen die Möglichkeit geben, viele Sportbegeisterte anzusprechen und sich somit im städtischen Leben sozial zu verankern.

In den vergangenen Jahren sind aber die Betriebskosten der Sportstätten immer weiter angestiegen. Kosten, für die die Stadt aufkommen musste. Deshalb wurde eine Novellierung der Gebührensatzung für Sportstättennutzung nötig. Die Verwaltung wollte das Kostenproblem lösen - mit einer Erhöhung der Gebühren um bis zu 75 Prozent. Als erste Fraktion hatte sich die SPD öffentlich gegen diese drastische Erhöhung ausgesprochen, andere Fraktionen folgten.

Vize-Bürgermeister Lutz Landmann zog die Vorlage schon zu Beginn der Ausschusssitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration zurück. Zur Erklä-

rung sagte er: „Wir brauchen mehr Zeit, aber die Ist-Situation ist auf Dauer nicht haltbar.“ Nun sucht die Stadtverwaltung das Gespräch mit den kleineren Vereinen. Offensichtlich war es nicht ausreichend, nur das Okay des Kreissportbundes in Sachen Gebührenerhöhung einzuholen.

„Wir verlangen nichts Unmögliches von den Vereinen“, sagte Landmann. „Wir ziehen eine gestaffelte Betrachtung in Erwägung.“ Das bedeutet, die Festsetzung der Gebühren soll auch mit Rücksicht auf die finanzielle Situation der Vereine passieren.

## *Kommunikation zwischen allen Parteien ist nötig*

Alle Fraktionen im Ausschuss begrüßten den Rückzug der Verwaltung. „Das große Vereinssterben wäre nicht Sinn und Zweck des Ganzen“, sagte Sven Köhle (CDU).

Frank Templin vertrat die Abteilung Tischtennis des SV Motor Eberswalde. Hier hat man mit großen Bauchschmerzen die Pläne der Stadt vernommen. „Wir nehmen nun erfreut zur Kenntnis, dass man mit uns reden will“, sagte Templin. Wenn die Gebüh-

ren so angehoben werden würden, wie es der Vorschlag der Stadtverwaltung war, könnte der Tischtennisverein seine Aufgabe nicht mehr wahrnehmen. Peter Schulz, ebenfalls in Vertretung des Tischtennisvereins, sagte, dass die Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen auch sofort wieder ausgegeben werden würden. Es ist kein Geld da, um eine Gebührenerhöhung abzufedern. Die Folge wäre die Anhebung des Mitgliedbeitrags.

Hans-Joachim Blumenkamp (CDU) meinte, dass die Stadt erst einmal evaluieren muss, wie viele Sportstätten sie langfristig für ihre Einwohner benötigt. „Vor allem müssen wir erst einmal mit den Vereinen reden und nicht auf einmal die Gebühren um das X-fache erhöhen“, so der Stadtverordnete. Für den CDU-Politiker steht fest: Um das Problem der Sportstättengebühren zu lösen, müsse erst einmal eine Kommunikation zwischen allen Parteien erfolgen.

Martin Hoeck (FDP), Vorsitzender des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration, zeigte sich optimistisch, dass bis zur Ausschusssitzung im April eine sozialverträgliche Gebührenordnung vorliegen wird.